S 25 KR 433/18

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Hessen

Sozialgericht Sozialgericht Frankfurt Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 25 KR 433/18 Datum 15.05.2020

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 KR 174/20 Datum 14.08.2023

3. Instanz

Datum -

Der KlĤger trĤgt die Kosten des Berufungsverfahrens.Â

Die Revision wird nicht zugelassen.

Der Streitwert wird f $\tilde{A}^{1/4}$ r das Berufungsverfahren in H \tilde{A} ¶he von 2.541,35 â \Box ¬ festgesetzt.

Tatbestand

Die Beteiligten streiten \tilde{A}^{1} 4ber die H \tilde{A} ¶he der f \tilde{A}^{1} 4r die zwischenzeitlich verstorbene Ehefrau des Kl \tilde{A} $^{\pm}$ 2gers zu zahlenden Beitr \tilde{A} $^{\pm}$ 2ge zur freiwilligen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung im Zeitraum 1. November 2016 bis 3. Januar 2019. \hat{A}

Der Kläger war Ehemann und ist Alleinerbe der 1953 geborenen und 2019 verstorbenen Frau B. A. (im Folgenden: Versicherte). Er ist nicht Mitglied einer

gesetzlichen Krankenkasse. Die Versicherte war seit dem 1. September 2016 bei der BKK Henschel Plus, einer RechtsvorgĤngerin der Beklagten (im Folgenden einheitlich: Beklagte zu 1.), freiwillig krankenversichert und bei deren Pflegekasse (Beklagte zu 2.) pflegeversichert. AnlĤsslich ihres Aufnahmeantrags verwies die Versicherte darauf, dass sie keine unterhaltsberechtigten Kinder habe und ihrer Auffassung nach das Einkommen ihres Ehegatten bei der Beitragsberechnung daher nicht zu berĽcksichtigen sei.Â

Mit Bescheid vom 31. August 2016 legte die Beklagte zu 1. â□□ wie auch in den nachfolgenden Bescheiden zugleich im Namen der Beklagten zu 2. â□□ auf einer Bemessungsgrundlage von 1.150,88 â□¬ die Beiträge der Klägerin zur Krankenund Pflegeversicherung ab dem 1. September 2016 in Höhe von insgesamt 204,85 â□¬ fest (174,93 â□¬ zur Krankenversicherung [KV], 29,92 â□¬ zur Pflegeversicherung [PV]).Â

Nachdem die Versicherte in den Jahren 2017 und 2018 trotz wiederholter Aufforderungen keine Angaben zu ihren EinkommensverhĤltnissen machte, setzte die Beklagte zu 1. mit Bescheid vom 5. MĤrz 2018 die monatlichen BeitrĤge zur Kranken- und Pflegeversicherung ab dem 1. MĤrz 2018 in HĶhe von 814,20 â□¬ monatlich fest (KV 690,30 â□¬, PV 123,90 â□¬). Hierbei legte sie Einnahmen in HĶhe der Beitragsbemessungsgrenze von 4.425,00 â□¬ zugrunde.Â

Dagegen legte die Versicherte mit Schreiben vom 13. März 2018 Widerspruch ein und legte die Einkommenssteuerbescheide der Eheleute fýr das Jahr 2015 vom 21. Oktober 2016 und fýr das Jahr 2016 vom 20. Dezember 2017 vor. Danach erzielte die Versicherte in 2015 Einkýnfte aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 507,00 â \Box ¬ und Kapitalerträge in Höhe von 145,00 â \Box ¬. Der Kläger erzielte Einkýnfte aus nichtselbstständiger Arbeit in Höhe von 35.001,00 â \Box ¬ und Kapitalerträge in Höhe von 1.104,00 â \Box ¬. In 2016 erzielte die Versicherte Einkýnfte aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 484,00 â \Box ¬ und Kapitalerträge in Höhe von 33,00 â \Box ¬. Der Kläger erzielte Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit in Höhe von 34.911,00 â \Box ¬ und Kapitalerträge in Höhe von 848,00 â \Box ¬.Â

Daraufhin setzte die Beklagte zu 1. mit Bescheid vom 3. April 2018 die monatlichen Beitr \tilde{A} $^{\mu}$ ge der Versicherten zur Kranken- und Pflegeversicherung f \tilde{A} $^{\mu}$ r den Zeitraum vom 1. November 2016 bis 31. Dezember 2016 in H \tilde{A} $^{\mu}$ he von monatlich insgesamt 271,86 \hat{a} $^{\mu}$ (KV 232,15 \hat{a} $^{\mu}$, PV 39,71 \hat{a} $^{\mu}$) und f \tilde{A} $^{\mu}$ r den Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017 in H \tilde{A} $^{\mu}$ he von monatlich insgesamt 281,02 \hat{a} $^{\mu}$ (KV 238,26 \hat{a} $^{\mu}$, PV 42,76 \hat{a} $^{\mu}$) neu fest und machte entsprechende Nachforderungen geltend. Der Beitragsbemessung legte sie hierbei die H \tilde{A} $^{\mu}$ Ifte (= 1.527,29 \hat{a} $^{\mu}$) des nach dem Einkommenssteuerbescheid f \tilde{A} $^{\mu}$ r 2015 bestimmten Gesamteinkommens der Versicherten und des Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gers zugrunde. \hat{A}

Mit Bescheid vom 4. April 2018 setzte die Beklagte zu 1. zudem die ab 1. Januar 2018 bis \hat{a}_{\square} aufend \hat{a}_{\square} zu entrichtenden monatlichen Beitr \hat{A} ze zur Kranken- und Pflegeversicherung vorl \hat{A} zufig in H \hat{A} he von insgesamt 277,47 \hat{a}_{\square} (KV 235,25 \hat{a}_{\square} , PV 42,22 \hat{a}_{\square}) fest. Auch hier legte sie der Beitragsbemessung die H \hat{A} zifte des

Gesamteinkommens der Versicherten und des Kl \tilde{A} ¤gers zugrunde (Grundlage: Einkommenssteuerbescheid 2016, ausgestellt am 20. Dezember 2017). Hinsichtlich der sich insoweit ergebenden Nachforderung f \tilde{A} 1 4r Januar und Februar 2018 verwies sie auf ihren Bescheid vom Vortag.

Gegen die Bescheide vom 3. und 4. April 2018 legte die Versicherte mit Schreiben vom 11. April 2018 Widerspruch ein, mit dem sie sich gegen die Höhe der Beitragsbemessungsgrundlage wandte. Zur Begründung führte sie aus, dass es für die Berücksichtigung des Einkommens ihres Ehemannes keine Rechtsgrundlage gebe.Â

Die Beklagte zu 1. wies den Widerspruch der Versicherten gegen die Bescheide vom 5. März 2018 sowie vom 3. und 4. April 2018 durch Widerspruchsbescheid vom 5. Juli 2018 als unbegründet zurück. Zur Begründung ihrer Entscheidung legte sie die Regelungen des § 240 Abs. 1 Sozialgesetzbuch Fþnftes Buch (SGB V) und der §Â§ 2 Abs. 4 und 7 Abs. 7 der â∏Einheitlichen Grundsätze zur Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung und weiterer Mitgliedergruppen sowie zur Zahlung und Fälligkeit der von Mitgliedern selbst zu entrichtenden Beiträgeâ∏ (Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler â∏ BVSzGs) dar und führte aus, dass und warum die Berücksichtigung des Einkommens des Ehemannes der Versicherten zu Recht erfolgt sei. Des Weiteren erläuterte die Beklagte zu 1. die Berechnung der Bemessungsgrundlage sowie der jeweiligen Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung im Einzelnen.Â

Hiergegen erhob die Versicherte anwaltlich vertreten am 3. August 2018 beim Sozialgericht Frankfurt am Main Klage.Â

Am 4. Januar 2019 stellte die Versicherte einen Rentenantrag, aufgrund dessen sie vom 4. Januar 2019 bis 30. April 2019 als beitragspflichtige Rentenantragstellerin und anschlieà end bis zu ihrem Tode als Rentenbezieherin als versicherungspflichtiges Mitglied der Beklagten gefà ¼hrt wurde. Die Beitrà ge zur Kranken- und Pflegeversicherung wurden ab dem 4. Januar 2019 nach dem Mindestbeitrag ohne Berà ¼cksichtigung des hà slftigen Ehegatteneinkommens festgesetzt (§ 2 Abs. 4 Satz 5 Nr. 3 BVSzGs). Die Beitragserhebung ab dem 4. Januar 2019 ist zwischen den Beteiligten nicht streitig.

Nach Einreichung des gemeinsamen Steuerbescheids der Versicherten und des Kl \tilde{A} 1 4 r das Jahr 2017, erstellt am 30. Oktober 2018, setzte die Beklagte mit Bescheid vom 17. Januar 2019 die Beitr \tilde{A} 4 6 r den Zeitraum 1. November 2018 bis 31. Dezember 2018 neu vorl \tilde{A} 6

Nach dem Tod der Versicherten am 17. Oktober 2019 f $\tilde{A}^{1/4}$ hrte ihr Ehemann als Alleinerbe den Rechtsstreit fort. \hat{A}

Das Sozialgericht wies die Klage mit Gerichtsbescheid vom 15. Mai 2020 als unbegründet ab. Die Bescheide der Beklagten vom 3. April 2018 und 4. April 2018 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 5. Juli 2018 seien rechtmäÃ∏ig

ergangen. Die Beklagten hAxtten zu Recht den monatlichen Beitrag zur freiwilligen Krankenversicherung und sozialen Pflegeversicherung der Versicherten unter Berücksichtigung der Einnahmen des Ehemannes festgesetzt. Dies sei von der Beklagten zu 1. im Widerspruchsbescheid zutreffend ausgefļhrt worden. Die Kammer schlie̸e sich diesen Ausführungen vollinhaltlich an und sehe insoweit zur Vermeidung von Wiederholungen von einer Darstellung der Entscheidungsgründe gemäÃ∏ § 136 Abs. 3 SGG ab. Das Klagevorbringen führe zu keiner anderen Beurteilung. Grundlage für die Beitragsfestsetzung gegenýber der Versicherten zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) seien § 252 Abs. 1 Satz 1 und § 250 Abs. 2 SGB V. Danach seien diese Beiträge von demjenigen zu zahlen, der sie zu tragen habe. Dies seien die freiwilligen Mitglieder, denn sie trügen diese Beiträge allein. Die Beiträge zur Krankenversicherung würden nach <u>§ 223 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 SGB V</u> nach den beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder bis zur Beitragsbemessungsgrenze berechnet. Für die soziale Pflegeversicherung gelte Entsprechendes gemäÃ∏ §Â§ 60 Abs. 1 Satz 1 und 2, 59 Abs. 4 Satz 1, 54, 55 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI). Die Beitragsbemessung fýr freiwillige Mitglieder richte sich weiterhin nach § 240 SGB V bzw. § 57 Abs. 4 SGB XI. Danach werde für freiwillige Mitglieder die Beitragsbemessung einheitlich durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) geregelt. Dabei sei sicherzustellen, dass die Beitragsbelastung die gesamte wirtschaftliche LeistungsfĤhigkeit des freiwilligen Mitglieds berücksichtige und bei deren Bestimmung mindestens die Einnahmen berücksichtigt würden, die bei einem vergleichbaren versicherungspflichtig BeschÄxftigten der Beitragsbemessung zugrunde zu legen seien (§ 240 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 SGB V). Diesem Regelungsauftrag sei der GKV-Spitzenverband durch Erlass der BeitragsverfahrensgrundsÄxtze Selbstzahler (BVSzGs) vom 27. Oktober 2008, hier anzuwenden in der Fassung der Fünften Ã∏nderung der BeitragsverfahrensgrundsÄxtze Selbstzahler vom 27. November 2013 und in der Fassung vom 15. November 2017, nachgekommen. GemäÃ∏ § 2 Abs. 1 Satz 1 und 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 1 Satz 1 BVSzGs würden die Beiträge nach den beitragspflichtigen Einnahmen des Mitglieds bemessen, wobei die Beitragsbemessung die gesamte wirtschaftliche LeistungsfĤhigkeit des Mitglieds zu berücksichtigen habe. GemäÃ∏ § 2 Abs. 4 Sätze 1 und 3 BVSzGs setzten sich bei Mitgliedern, deren Ehegatte oder Lebenspartner nach dem Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz â∏ LPartG) nicht einer in § 4 Abs. 2 SGB V genannten Krankenkasse angehöre, die beitragspflichtigen Einnahmen aus den eigenen Einnahmen und den Einnahmen des Ehegatten oder Lebenspartners zusammen. Für die Beitragsbemessung würden nacheinander die eigenen Einnahmen des Mitglieds und die Einnahmen des Ehegatten oder Lebenspartners bis zur HÃxIfte der sich aus der nach den SÃxtzen 1 bis 3 ergebenden Summe der Einnahmen, hA¶chstens bis zu einem Betrag in HA¶he der halben Beitragsbemessungsgrenze, berücksichtigt. Ausgehend von diesen GrundsÃxtzen habe die Beklagte zu 1. die nach den Vorgaben des § 2 Abs. 4 BVSzGs berücksichtigungsfähigen Einnahmen des Klägers zu Recht in die Bemessung der BeitrĤge der Versicherten zur Kranken- und Pflegeversicherung einbezogen. Die Beitragsbemessung für freiwillig versicherte Mitglieder auch nach der Hälfte der Einnahmen des Ehegatten verstoÃ∏e auch nicht gegen höherrangiges Recht.Â

Gegen diesen seinen BevollmĤchtigten am 26. Mai 2020 zugegangenen Gerichtsbescheid hat der KlĤger anwaltlich vertreten am 24. Juni 2020 Berufung bei dem Hessischen Landessozialgericht eingelegt.

Nach dem Fünften Buch Sozialgesetzbuch sei eine Berücksichtigung des Ehegatteneinkommens bei der Beitragsberechnung ausschlie̸lich in <u>§ 240 Abs. 4</u> Satz 4 SGB V vorgesehen. Dieser stehe systematisch in engem Zusammenhang mit den Regelungen in § 240 Abs. 4 SÃxtze 2 und 3 SGB V, die allein die Beitragsberechnung fýr freiwillig versicherte hauptberuflich Selbständige beträfen. In <u>§ 240 Abs. 4 Satz 4 SGB V</u>, der zum 1. April 2007 in das Gesetz aufgenommen worden sei, hei̸e es insofern: â∏∏Dabei sind insbesondere [â∏{] Einkommen und VermĶgen von Personen, die mit dem Mitglied in Bedarfsgemeinschaft leben, zu berücksichtigen.â∏ Hieraus folge im Umkehrschluss, dass Einkommen und VermĶgen Dritter â∏ wie hier des KlĤgers â∏ bei der Beitragsberechnung nicht hauptberuflich Selbständiger nach § 240 Abs. 2 SGB V nicht bzw. nicht mehr zu berļcksichtigen seien. In den BeitragsverfahrensgrundsÄxtzen Selbstzahler habe der GKV-Spitzenverband entsprechend lediglich eine PrÄzzisierung dahin vornehmen dļrfen, wer unter die mit dem Mitglied in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen falle. Mit § 2 Abs. 4 Satz 1 BVSzGs habe er den Anwendungsbereich des § 240 Abs. 4 Satz 4 SGB V dagegen über seine Kompetenz hinausgehend erweitert bzw. sich darüber hinweggesetzt, dass der Gesetzgeber eine Berýcksichtigung des Einkommens Dritter lediglich für hauptberuflich Selbständige gewollt habe. § 2 Abs. 4 Satz 1 BVSzGs versto̸e damit gegen höherrangiges Recht. Der GesetzesverstoÃ∏ finde sich bereits in der ersten Fassung der BVSzGs aus dem Jahr 2009 und sei bis zur geltenden 20. Version noch nicht behoben worden, um Beitragseinbu̸en zu verhindern. Frühere anderslautende Entscheidungen des Bundessozialgerichts hÃxtten sich mit der Einführung des <u>§ 240 Abs. 4 Satz 4 SGB V</u> überholt.Â

Am 12. April 2022 erlie \tilde{A} die Beklagte zu 1. einen weiteren Beitragsbescheid, mit dem sie, orientiert an den Einkommenssteuerbescheiden f \tilde{A} das Jahr 2018 vom 15. Juli 2019 und f \tilde{A} das Jahr 2019 vom 1. Oktober 2020 eine endg \tilde{A} ltige Beitragsfestsetzung f \tilde{A} 2018 in H \tilde{A} he von 282,55 Euro monatlich (KV 239,55 \tilde{A} \bar{A} , PV 43,00 \tilde{A} und f \tilde{A} den Zeitraum 1. bis 3. Januar 2019 in H \tilde{A} he von 299,20 \tilde{A} monatlich (KV 246,06 \tilde{A} , PV 52,24 \tilde{A} anteilig insg. 29,91 \tilde{A} vornahm. \tilde{A}

Der Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\) ger beantragt nunmehr (sinngem\(\tilde{A}\)\(\tilde{A}\)\(\tilde{D}\)),\(\tilde{A}\) den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Frankfurt am Main vom 15. Mai 2020 aufzuheben sowie die Bescheide der Beklagten vom 3. April 2018 und vom 4. April 2018 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 5. Juli 2018 sowie die Bescheide vom 17. Januar 2019 und vom 12. April 2022 insoweit aufzuheben, als sich dort bei der Beitragsfestsetzung aufgrund der Ber\(\tilde{A}\)\(\frac{1}{4}\)cksichtigung des Einkommens des Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erseicherung der Versicherten im Zeitraum 1. November 2016 bis 3. Januar 2019 ergeben, als dies ohne Ber\(\tilde{A}\)\(\frac{1}{4}\)cksichtigung des Einkommens des Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)ers der Fall \(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erseicher der Einkommens des Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erse der Fall \(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erseicher der Einkommens des Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erse der Fall \(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erseicher der Einkommens des Kl\(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erseicher der Fall \(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erseicher der Fall \(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erseicher der Fall \(\tilde{A}\)\(\tilde{g}\)erseicher der Fall \(\tilde{g}\)

Die Beklagten beantragen,

die Berufung zurÄ1/4ckzuweisen.

Grundlage fýr die Beitragserhebung gemäÃ∏ § 240 SGB V sei grundsätzlich die gesamte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des freiwilligen Mitglieds, § 240 Abs. 1 Satz 2 SGB V. Fþr bestimmte Personengruppen habe der Gesetzgeber zusätzlich besondere Regelungen im Gesetz normiert, so für den Kreis der hauptberuflich selbständig Erwerbstätigen oder den Personenkreis der Rentenbezieher (§ 240 Abs. 3 SGB V). Dies ändere indes nichts an der Zulässigkeit und Anwendbarkeit des § 2 Abs. 4 Satz 1 BVSzGs. Der GKV-Spitzenverband habe zu dieser Regelung ausgeführt, dass sie den Grundsatz, dass nur die eigenen Einnahmen des Mitglieds beitragspflichtig seien, bewusst durchbreche, da das Einkommen des den Lebensunterhalt überwiegend bestreitenden bzw. des höherverdienenden Ehegatten und Lebenspartners den entscheidenden Faktor für die wirtschaftliche Lage innerhalb der Ehe oder Partnerschaft darstelle und damit auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Mitglieds entscheidend bestimme. Die Zulässigkeit einer solchen Zurechnung sei in ständiger Rechtsprechung des Bundessozialgerichts bestätigt worden.

Auf Aufforderung des Senats hat die Beklagte eine vergleichende Gegenýberstellung der Beitragsberechnungen fýr die Versicherte unter Berýcksichtigung bzw. unter Ausschluss des Einkommens des Klägers vorgelegt, aus der sich für den streitgegenständlichen Zeitraum vom 1. November 2016 bis 3. Januar 2019 eine diesbezügliche Differenz von insgesamt 2.541,35 â☐¬ ergibt (7.336,47 â☐¬ gegenüber 4.795,12 â☐¬; hinsichtlich der Einzelheiten wird auf Blatt 209 der Gerichtsakte verwiesen).

Die Beteiligten haben ihre Zustimmung zu einer Entscheidung des Rechtsstreits durch Urteil ohne $m\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndliche Verhandlung durch die Berichterstatterin als Einzelrichterin erkl \tilde{A} xrt, \hat{A} \$ \hat{A} \$\$ 124 Abs. 2, 155 Abs. 3, 4 SGG. \hat{A}

Wegen der weiteren Einzelheiten des Vorbringens der Beteiligten und des Sachverhalts im Ä_brigen wird auf den Inhalt der Gerichtsakte sowie des Verwaltungsvorgangs der Beklagten Bezug genommen, der Gegenstand der Entscheidung war. \hat{A}

Entscheidungsgründe

Der Senat kann durch die Berichterstatterin als Einzelrichterin durch Urteil ohne $m\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndliche Verhandlung entscheiden, weil die Beteiligten hierzu ihre Zustimmung erteilt haben, \hat{A} § \hat{A} § 124 Abs. 2, 155 Abs. 3, 4 SGG. \hat{A}

Die Berufung hat keinen Erfolg.Â

Die gem $\tilde{A} = \tilde{A} =$

streitgegenständlichen Zeitraum zutreffend und in Ã□bereinstimmung mit der geltenden Rechtslage unter Berücksichtigung (auch) des Einkommens des Klägers festgesetzt. Zur Begrþndung wird auf die zutreffenden Grþnde der angefochtenen Entscheidung Bezug genommen, die der Senat nach eigener Ã□berprþfung der Sach- und Rechtslage fþr zutreffend erachtet (§ 153 Abs. 2 SGG). Zusammengefasst gilt danach:Â

Die Beitragsbemessung für freiwillige Mitglieder in der GKV wird gemäÃ∏ § 240 Abs. 1 Satz 1 SGB V einheitlich durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) geregelt, wobei gemäÃ∏ <u>§ 240 Abs. 1 Satz 2</u> 1. Hs. SGB V sicherzustellen ist, dass die Beitragsbelastung die gesamte wirtschaftliche LeistungsfĤhigkeit des freiwilligen Mitglieds berļcksichtigt. Seinem Regelungsauftrag ist der GKV-Spitzenverband durch Erlass der Beitragsverfahrensgrundsätze Selbstzahler nachgekommen. GemäÃ∏ § 2 Abs. 4 BVSzGs in den im streitgegenstĤndlichen Zeitraum jeweils geltenden Fassungen hatte eine Berücksichtigung des Einkommens des Klägers als dem Ehegatten der Versicherten ohne eigene AngehĶrigkeit zu einer Krankenkasse im Sinne des <u>§ 4 Abs. 2 SGB V</u> bei der Beitragsbemessung zu erfolgen. Die Beitragsbemessung für freiwillig versicherte Mitglieder auch nach der Hälfte der Einnahmen des Ehegatten verstöÃ∏t dabei nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts wie auch des Senats nicht gegen h\(\tilde{A}\)\(\text{fherrangiges Recht (vgl. nur BSG, Urteil vom 28. September 2011 â ☐ B 12 KR 9/10 R -, juris, Rn. 17; Hessisches Landessozialgericht, Urteil vom 10. August 2017 â∏ <u>L 8 KR 406/16</u> -, juris, Rn. 30 ff.). An dieser Rechtsprechung hÃxlt der Senat auch vorliegend fest.

Soweit der KlAxger der Auffassung ist, dass mit der durch das Gesetz zur StAxrkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz â□□ GKV-WSG â□□ vom 26. März 2007, BGBl. I, S. 378) zum 1. April 2007 vorgenommenen Einfügung von § 240 Abs. 4 Satz 3 und 4 SGB V im streitgegenstĤndlichen Zeitraum anderes gegolten habe und die frühere Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zur Berücksichtigung des Ehegatteneinkommens insofern überholt sei, als eine Berücksichtigung dieses Einkommens nunmehr auf die Beitragsberechnung der freiwillig versicherten hauptberuflich SelbstĤndigen begrenzt sei, geht diese Annahme fehl. Insbesondere den Gesetzgebungsmaterialien ist nichts dafA¹/₄r zu entnehmen, dass mit der EinfA¹/₄gung des § 240 Abs. 4 Satz 4 SGB V zugleich eine entsprechende EinschrÄxnkung des in <u>§ 240 Abs. 1 Satz 2 SGB V</u> normierten Grundsatzes der Berücksichtigung der gesamten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Versicherten beabsichtigt gewesen wAxre. Die mit dem GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz vorgenommenen Ã∏nderungen in <u>§ 240 Abs. 4 SGB</u> ✓ dienten vielmehr dem Ziel, etwaige in der Vergangenheit bestehende soziale HÃxrten bei der Beitragserhebung gegenüber freiwillig versicherten Selbständigen abzubauen. Hierfür wurden freiwillig versicherte Selbständige, die nachweislich weniger als nach der Beitragsbemessungsgrenze unterstellt verdienten, beitragsrechtlich den Mitgliedern, die einen Anspruch auf einen Existenzgründungszuschuss oder eine entsprechende Leistung nach § 16 Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) hatten, angenähert und im Ergebnis entlastet. Um sicherzustellen, dass von der Entlastung, die zu in der Regel nicht

mehr kostendeckenden Beitragszahlungen führt, tatsächlich nur bedürftige Selbständige profitierten, sollte der neue <u>§ 240 Abs. 4 Satz 3 SGB V</u> den ebenfalls neu zu gründenden Spitzenverband Bund ermächtigen, engere Voraussetzungen für die Zugrundelegung einer geringeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu definieren. Damit verbunden sollte â∏ normiert in <u>§ 240 Abs. 4 Satz 4 SGB V</u> â∏ in jedem Fall die Einbeziehung des Einkommens von Lebenspartnern in die Berechnung der beitragspflichtigen Einnahmen sein (vgl. <u>BT-Drs. 16/3100, S. 164</u>). Dafür, dass die Neuregelung in <u>§ 240 Abs. 4 Satz 4 SGB V</u> zugleich zum Inhalt haben sollte, einen Ausschluss der Berücksichtigung des Ehegatteneinkommens bei freiwillig versicherten nicht hauptberuflich Selbständigen zu bewirken, ist nichts ersichtlich.Â

Eine andere Auslegung ergibt sich auch nicht unter verfassungsrechtlichen, insbesondere gleichheitsrechtlichen ErwĤgungen. Das Beitragsrecht zur gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung ist insgesamt geprĤgt durch den Grundsatz der MaÄ∏geblichkeit individueller wirtschaftlicher LeistungsfĤhigkeit. Gleichheitsrechtliche Gesichtspunkte sprechen bei Anwendung dieses Grundsatzes damit nicht dagegen, sondern sogar dafļr, eine durch das hĶhere Einkommen des Ehegattens bzw. Lebenspartners geprĤgte wirtschaftliche Lebenssituation des Versicherten nicht nur bei der Beitragsberechnung hauptberuflich selbstĤndiger, sondern genauso bei der Beitragsberechnung nicht hauptberuflich selbstĤndiger freiwillig Versicherter zu berļcksichtigen.Â

Dafür, dass auch der Gesetzgeber mit der Einführung des <u>§ 240 Abs. 4 Satz 4</u> SGB V keine andere Regelung treffen wollte, spricht schlie̸lich die durch das Gesetz zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versichertenentlastungsgesetz â∏∏ GKV-VEG) vom 11. Dezember 2018 (BGBI. I, S. 2387) zum 1. Januar 2019 vorgenommene Streichung von <u>§ 240 Abs. 4</u> Sätze 2 bis <u>6 SGB V</u> bei gleichzeitiger Beibehaltung der in <u>§</u> 240 Abs. 5 SGB V getroffenen Regelung. Nach Letzterer sind, soweit bei der Beitragsbemessung freiwilliger Mitglieder das Einkommen von Ehegatten oder Lebenspartnern nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz, die nicht einer Krankenkasse nach <u>§ 4 Abs. 2 SGB V</u> angehören, berücksichtigt wird, unter bestimmten UmstĤnden von diesem Einkommen FreibetrĤge fļr vorhandene Kinder abzuziehen. Diese Regelung entbehrte mit dem Wegfall der § 240 Abs. 4 SÃxtze 2 bis 6 SGB V jeglichen Anwendungsbereichs, wenn die Einbeziehung des Ehegatteneinkommens mit der früheren Einführung des <u>§ 240 Abs. 4 Satz 4</u> SGB V auf eben die in diesem geregelten Falle der hauptberuflich selbstĤndig Erwerbstätigen beschränkt worden wäre.

Nach alledem begegnet die Berücksichtigung (auch) des Einkommens des Klägers bei der Beitragsermittlung zur GKV keinen Bedenken. Damit ist zugleich die von der Beklagten verfügte Festsetzung der Beiträge der Versicherten zur sozialen Pflegeversicherung nicht zu beanstanden. GemäÃ∏ <u>§ 57 Abs. 4 Satz 1 SGB XI</u> i. V. m. § 1 Abs. 2 Satz 1 BVSzGS gelten für die Beitragsbemessung der freiwillig in der GKV versicherten Mitglieder die dortigen Regelungen zur Beitragsermittlung entsprechend für die Pflegeversicherung. Ein rechtmäÃ∏ig

bei der Beitragsberechnung zur GKV berücksichtigtes Ehegatteneinkommen ist danach ebenso bei der Beitragsberechnung zur Pflegeversicherung zu berücksichtigen.Â

Fehler bei der konkreten Beitragsberechnung wurden von dem Kläger nicht gerügt und sind auch im Ã□brigen nicht erkennbar.Â

Die Kostenentscheidung beruht auf § 197a Abs. 1 Satz 1 SGG i. V. m. § 154 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO). Der KlĤger trĤgt als unterliegender Teil die Kosten des Berufungsverfahrens. Das Berufungsverfahren ist gerichtskostenpflichtig im Sinne des § 197a SGG, weil weder der KlĤger noch die Beklagte zum Kreis der in § 183 Satz 1 SGG genannten Personen gehĶren. Insbesondere ist der KlĤger an dem Verfahren nicht als Versicherter oder LeistungsempfĤnger oder als Sonderrechtsnachfolger nach § 56 Erstes Buch Sozialgesetzbuch beteiligt. § 183 Satz 2 SGG, nach dem das Verfahren kostenfrei bleibt, wenn ein sonstiger Rechtsnachfolger das Verfahren aufnimmt, gilt nur fýr den laufenden Rechtszug.Â

Die Streitwertfestsetzung beruht auf $\frac{\hat{A}\S}{197a}$ Abs. 1 Satz 1 Hs. 1 SGG i. V. m. $\frac{\hat{A}\S}{52}$ Abs. 1 und 3, $\frac{\hat{A}\S}{47}$ Abs. 1 Satz 1 und $\frac{\hat{A}\S}{63}$ Abs. 2 Gerichtskostengesetz und ergibt sich aus der Differenz der von der Beklagten vorgenommenen gegen $\frac{\hat{A}1}{4}$ ber der von dem Kl $\frac{\hat{A}}{2}$ ger begehrten Beitragsberechnung f $\frac{\hat{A}1}{4}$ r den Zeitraum 1. November 2016 bis 3. Januar 2019.

Die Revision war nicht zuzulassen, da die Voraussetzungen des <u>§ 160 Abs. 2 SGG</u> nicht vorliegen. Â

Erstellt am: 31.08.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024